

Sitzungsperiode 2021-2022 Sitzung des Ausschusses IV vom 11. Mai 2022

#### **FRAGESTUNDE\***

• Frage Nr. 1017 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Entsorgung nicht genutzter Impfdosen

In einem Presseinterview erklärte Minister Antoniadis kürzlich, dass die DG in diesem Jahr (2022) bereits 2.904 Corona-Impfdosen entsorgen hat müssen.

Bei rund 20.000 Impfungen sind das ca. 15 Prozent. Hauptgrund war, dass in diesem Jahr viele Menschen ihren Impftermin abgesagt haben, so Antoniadis.

Im vergangenen Jahr mussten nur 210 Corona-Impfdosen entsorgt werden. Auf die 119.000 Impfdosen insgesamt bezogen, waren das nicht mal 0,2 Prozent. Auch da war der Hauptgrund, dass Menschen nicht zum vereinbarten Termin gekommen sind.<sup>1</sup>

### Hierzu meine Frage:

- 1. Inwiefern war vorauszusehen, dass in diesem Jahr eine bedeutende Zahl nicht benutzte Impfdosen übrigbleiben würde?
- 2. Sind andere Möglichkeiten als die Vernichtung der Impfdosen in Erwägung gezogen worden?
- 3. Wie hoch liegen die Kosten für diese Impfdosen und ihre Entsorgung?
- Frage Nr. 1018 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Sexualberatung für Männer

Sexualität und sexuelle Probleme sind völlig normale Phänomene und Teil des täglichen Lebens und allgemeinen Wohlbefindens. Es ist jedoch oftmals nicht einfach, über Sexualität zu sprechen, wie auf der Internetseite der ostbelgischen VoG Prisma, dem Zentrum für Beratung, Opferschutz und sexuelle Gesundheit, nachzulesen ist.<sup>2</sup>

In einem Beratungsgespräch könne jedes Thema im Zusammenhang mit Sexualität angesprochen werden, heißt es weiter. Die Sexualberaterin stehe unter Schweigepflicht und werde durch ihren professionellen Umgang ein Klima schaffen, in dem über Sexualität offen gesprochen werden könne.

Unklar ist, ob auch Männer als Berater aktiv sind.

Vor diesem Hintergrund stelle ich der Regierung folgende Frage:

Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

https://brf.be/regional/1598341/

https://prisma-zentrum.be/angebote/sexual-beratung/

- 1. Besteht ein Angebot zur Sexualberatung, in dem sich Männer auch an Männer richten können?
- 2. Falls nicht: Ist die DG-Regierung bereit, ein solches Projekt zu unterstützen?

# • Frage Nr. 1019 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Fortführung der Corona-Kampagne

Angesichts einer von Wissenschaftlern befürchteten weiteren Corona-Welle im kommenden Herbst 2022 wäre es fahrlässig, erst zu einem späteren Zeitpunkt an geeignete Maßnahmen zu denken, wie sich die Öffentlichkeit dieser drohenden Gefahr gegenüberstellen soll.<sup>3</sup>

Vor diesem Hintergrund stelle ich der Regierung folgende Frage:

- 1. Welche Maßnahmen sind angesichts einer möglichen weiteren Corona-Welle im kommenden Herbst ins Auge gefasst?
- 2. Sind die Gemeinden oder Pflegezentren für Senioren um nur diese zu nennen in diese Planung einbezogen worden?
- 3. Wird eine weitere Impfung nötig sein?

## Frage Nr. 1020 von Frau JADIN (PFF) an Minister ANTONIADIS zu Übergewichtigen in der DG

Laut einer aktuellen Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind fast 60% der europäischen Bevölkerung übergewichtig oder fettleibig. Dieser Prozentsatz steigt seit mehreren Jahrzehnten tendenziell an: Die Zahl der fettleibigen Erwachsenen ist um 138% gestiegen.

Mit 59% der Belgier, die übergewichtig sind, liegt unser Land im europäischen Durchschnitt. Etwa 23% der belgischen Bevölkerung gelten als "fettleibig".

Leider sind auch junge Menschen von diesem Phänomen betroffen. In Belgien sind schätzungsweise 5 % der Kinder unter fünf Jahren übergewichtig. Wallonische Jugendliche sollen zudem stärker betroffen sein als flämische Jugendliche.

Das Phänomen ist nicht neu. Kollege José Grommes hatte Sie bereits im März 2021 zu diesem Thema befragt. Er wollte wissen, welche präventive Maßnahmen für Übergewichtige in der DG angeboten werden. Sie hatten dazu Folgendes geantwortet:

"Eine Reihe neuer Initiativen stehen bereits in den Startlöchern oder laufen schon, so zum Beispiel die Blutzuckermessungen des PRT oder das Projekt der Verbraucherschutzzentrale Ostbelgien zur Stärkung der Ernährungskompetenzen sozial benachteiligter Menschen."

Meine Fragen an Sie, Herr Minister, lauten daher wie folgt:

- 1. Ist Ihnen bekannt, wie viele oder wie viel Prozent der Bürger der DG übergewichtig sind?
- 2. Können Sie uns einen aktuellen Überblick über die Initiativen geben, die die Regierung im letzten Jahr eingeführt hat?

https://www.zeit.de/news/2022-04/14/forscher-corona-im-herbst-koennte-erster-welle-aehneln https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/br24live-lauterbach-warnt-vor-neuer-corona-welle-im-herbst,T2OisRu

https://www.derstandard.de/story/2000135242651/fachleute-fordern-vorbereitung-auf-moegliche-corona-welle-im-herbst

https://www.lalibre.be/belgique/societe/2022/03/14/va-t-on-tout-droit-vers-une-nouvelle-vague-de-coronavirus-en-belgique-7EGB2QGRINHADJDPJ6VXLW2LZU/

# • Frage Nr. 1021 von Herrn GROMMES (ProDG) an Minister ANTONIADIS zu den Modernisierungsarbeiten Seniorenheim St. Franziskus

Das Seniorenheim St. Franziskus in Eupen hat in den letzten drei Jahren eine ganze Reihe von Anpassungs- und Modernisierungsarbeiten durchgeführt. Wie der BRF am 3. Mai berichtete, soll aktuell die letzte Umbauphase angepackt werden.

Sinn und Zweck dieser Arbeiten war und ist es, das über 40 Jahre alte Haus wieder auf den aktuellen Standard zu bringen. Dass beispielsweise nach den Arbeiten jedes Zimmer über eine Nasszelle verfügen wird zeigt, wie wichtig diese Arbeiten waren und sind.

Zum Wohle aller Bewohner, aber auch der Pfleger und Angehörigen, wurde zeitgleich durch einen Anbau mehr Platz geschaffen. Jetzt soll alles etwas geräumiger sein, was zum Wohlbefinden der Menschen beitragen wird.

Bis zum Jahresende sollen die letzten Arbeiten im Klösterchen abgeschlossen sein. Der Budgetrahmen umfasst 4,2 Millionen Euro. Es ist jedoch möglich, dass die aktuellen Preisentwicklungen und die coronabedingten Verzögerungen die Kosten weiter erhöhen könnten.

Meine Fragen an Sie, Herr Minister, lauten:

- 1. Wird sich die DG an diesen Kosten beteiligen?
- 2. Können alle durchgeführten oder noch durchzuführenden Projekte im Seniorenheim St. Franziskus durch die DG finanziell unterstützt werden?

### Frage Nr. 1022 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zu Hepatitis bei Kindern

Am 28.04.2022 meldet der BRF einen Verdachtsfall der neuen Hepatitis-Variante in der Gemeindeschule in Membach.<sup>4</sup>

Es sei jedoch noch nicht sicher, dass es sich tatsächlich um die neue Variante handelt. Die Eltern seien informiert, der Schulbetrieb laufe weiter. Laut Chefarzt Dr. Tom van Leemput bestehe kein Grund, sich Sorgen zu machen.

Laut Kaleido gebe es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft noch keinen Verdachtsfall. Außerdem wird im Artikel auf die Beachtung der Hygieneregeln hingewiesen.

Am 04.05.2022 veröffentlichte Sciensano auf seiner Website, dass es in Belgien inzwischen drei solcher Fälle gibt.<sup>5</sup> Zudem wird angemerkt, dass in der Vergangenheit zwei weitere mögliche Fälle gemeldet wurden, die allerdings nicht unbedingt derselben Definition entsprechen. Dies könne aber nicht mehr nachvollzogen werden, da es für weitere Laboranalysen zu spät sei.

Es sei zu früh, Schlussfolgerungen zu ziehen, man wisse weder, ob die Krankheit auf dieselbe Ursache zurückzuführen ist, noch, ob sie durch ein Virus hervorgerufen wurde.

Noch am 13 April veröffentlichte die EMA im letzten Safety Update der Covid19-Impfungen, dass es keinen Evidenz basierten kausalen Zusammenhang zwischen der Covid19-Impfung und Autoimmun-Hepatitis gibt.<sup>6</sup>

Ein am 21. April 2022 von Elsevier veröffentlichter Artikel<sup>7</sup> schließt eine Kausalität jedoch keinesfalls aus. Hier heißt es in der Schlussfolgerung:

<sup>5</sup> https://www.sciensano.be/fr/coin-presse/hepatite-aigue-dorigine-inconnue-mise-a-jour-du-4-mai-2022

<sup>4</sup> https://brf.be/regional/1598723/

https://www.ema.europa.eu/en/documents/covid-19-vaccine-safety-update/covid-19-vaccines-safety-update-13-april-2022\_en.pdf

https://reader.elsevier.com/reader/sd/pii/S0168827822002343?token=6F6362256F944624B885EA955A 38989AFBB3AACCF2D3D9FACD3400C43507D88C740DBE5F8544491D965BF4F728E6D95C&originRegion=eu-west-1&originCreation=20220502121034

"Die COVID19-Impfung kann eine ausgeprägte T-Zell-dominante immunvermittelte Hepatitis mit einem einzigartigen Pathomechanismus hervorrufen, der mit einer durch Impfung induzierten antigenspezifischen geweberesidenten Immunität verbunden ist, die eine systemische Immunsuppression erfordert."

#### Außerdem heißt es:

"Eine Leberentzündung wird während einer SARS-CoV-2-Infektion beobachtet, kann aber bei manchen Personen auch nach einer Impfung auftreten und weist einige typische Merkmale einer autoimmunen Lebererkrankung auf. In diesem Bericht zeigen wir, dass sich bei einem Patienten mit Leberentzündung nach einer SARS-CoV-2-Impfung hochaktivierte T-Zellen ansammeln und gleichmäßig in den verschiedenen Bereichen der Leber verteilt sind. Darüber hinaus beobachteten wir innerhalb dieser leberinfiltrierenden T-Zellen eine Anreicherung von T-Zellen, die auf SARS-CoV-2 reagieren, was darauf hindeutet, dass diese impfstoffinduzierten Zellen in diesem Zusammenhang zur Leberentzündung beitragen können."

Auch wenn diese Schlussfolgerung nicht von allen offiziellen Institutionen geteilt wird, ein kausaler Zusammenhang kann trotzdem nicht ausgeschlossen werden.

Meine Fragen an Sie als Gesundheitsminister der DG, der für die Prävention zuständig ist:

- 1. Wurden inzwischen in der DG Verdachtsfälle von besagter Hepatitis gemeldet?
- 2. Wurde bei der letzten interministeriellen Konferenz über diese Hepatitis-Variante und den eventuellen kausalen Zusammenhang gesprochen?
- 3. Haben Sie vor, sich auf den hippokratischen Grundsatz "Primum non nocere, secundum cavere, tertium sanare erstens nicht schaden, zweitens vorsichtig sein, drittens heilen" zu berufen und sich für eine einstweilige Aussetzung der Covid19-Impfkampagne einzusetzen, bis alle Zweifel bezüglich der Nebenwirkungen insbesondere bei Kindern ausgeschlossen werden konnten?

## Frage Nr. 1023 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zur Impfpflicht für Pflegekräfte

Am Dienstag, den 3. Mai 2022 hat der parlamentarische Gesundheitsausschuss grünes Licht für einen Gesetzentwurf gegeben, der es der Regierung - sollte es die epidemiologische Lage in Zukunft erfordern - erlaubt, die Impfung des Gesundheitspersonals gegen das Coronavirus zu verpflichten.

So meldet es auch das GrenzEcho vom 04.05.2022.8

Dem Gesundheitspersonal, welches die Impfung verweigert, kann demnach die Berufserlaubnis entzogen werden.

Im Gesundheitssektor gibt es ohnehin momentan einen akuten Personalmangel. In einem Artikel der RTBF spricht man von 6000 fehlenden Pflegekräften.<sup>9</sup>

Aktuell gebe es in Belgien 215.000 ausgebildete Krankenpfleger/innen, davon seien aber nur noch 150.000 in diesem Beruf tätig.

In seinem Beitrag in La Libre vom 03.05.2022 äußert sich Yves Coppieters, Professor für Volksgesundheit an der ULB besorgt zur Impfpflicht des Gesundheitspersonals. 10 Das

9 Pénurie d'infirmières et d'infirmiers dans les hôpitaux, une conséquence inquiétante de la crise sanitaire - rtbf.be.pdf - https://www.rtbf.be/article/penurie-dinfirmieres-et-d-infirmiers-dans-les-hopitaux-uneconsequence-inquietante-de-la-crise-sanitaire-10985756

<sup>6</sup> GE+Dickköpfiger Minister setzt Pflichtimpfung durch.pdf https://zeitung.grenzecho.net/#GrenzEcho/web,2022-05-04,ALLE|GE\_TAGESZEITUNG,2022-05-04,ALLE,1|4

L'obligation vaccinale pour le personnel soignant risque de déstructurer notre système de soins de santé -La Libre.pdf - https://www.lalibre.be/debats/opinions/2022/05/04/lobligation-vaccinale-pour-lepersonnel-soignant-risque-de-destructurer-notre-systeme-de-soins-de-sante-

bisher nicht geimpfte Pflegepersonal sei von seiner Entscheidung überzeugt und werde sich auch durch eine Impfpflicht nicht umstimmen lassen.

Mitte Dezember 2021 wurde in einem Brief der Krankenhausleitungen an das Personal der beiden ostbelgischen Krankenhäuser folgendes bekannt gegeben<sup>11</sup>:

"[...] Unter Wahrung des Rechts auf Privatsphäre kann ein Arbeitgeber einen Arbeitnehmer nicht ansprechen, um seinen Impfstatus zu erfahren. Ohne eine Information über den Impfstatus durch eine Behörde, die dazu befugt ist, wird es nicht möglich sein, die im Gesetz vorgesehene Sanktionen am 1. Januar anzuwenden. Wenn wir eine solche Information für den ein oder anderen Arbeitnehmer erhalten, wird er darüber informiert und muss dann eine Wahl treffen.

Innerhalb unserer Krankenhäuser wird es also kein Hexenjagd geben.

Wir werden höchstens auf mögliche punktuelle Informationen reagieren, die uns von den Behörden mitgeteilt werden, denn Gesetz ist Gesetz und wir sind verpflichtet, es zu respektieren.

Auf diese Weise wollen wir unsere Fähigkeit, die Bevölkerung zu versorgen, aufrecht erhalten und die Schwierigkeiten, die wir vor Ort erleben, nicht noch weiter verschärfen. [...]"

In ihrer Funktion als Minister für Gesundheit und Vermittler der Krankenhauslandschaft in der DG bitte ich Sie, folgende Fragen zu beantworten.

- 1. Sollte es zu Entlassungen in den Krankenhäusern und WPZS der DG kommen, welches ist dann Ihre Strategie, um den daraus folgenden Engpässen in der Gesundheitssorge entgegen zu wirken ?
- 2. Wie viele Arbeitnehmer der Gesundheitssorge in den WPZS der DG wären vom Entzug des Visums betroffen, wenn dieses absurde Szenario durchgesetzt würde?

\_

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Siehe Anlage 1 - "Brief Krankenhäuser DG zur 4 Impfpflicht.pdf"